



Bundesministerium  
der Finanzen

# Kalendarium zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht

Gesetzliche und außergesetzliche Regelungen sowie Richtlinien im  
Bereich der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts



Vorwort .....	03
Kalendarium .....	04
Impressum .....	24

Foto Titelseite:  
Am 10. September 1952 unterzeichnen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Israels Außenminister Moshe Sharett das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen in Luxemburg

## *Liebe Leserinnen und Leser,*

die vorliegende Broschüre gibt einen chronologischen Überblick über die Entwicklung der Wiedergutmachungsregelungen seit Ende des zweiten Weltkrieges bis ins Jahr 2012.

Dabei werden die einzelnen Initiativen kurz vorgestellt – unter Angabe der dazugehörigen Quellen. Interessierte erhalten dadurch die Möglichkeit, sich bei Bedarf auch tiefergehend zu informieren.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die Broschüre „Entschädigung von NS-Unrecht / Regelungen zur Wiedergutmachung“ hinweisen, die über die Website des Bundesministeriums der Finanzen erhältlich ist: [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).

Bundesministerium der Finanzen

.....  
*Weitere Auskünfte:*  
*Bundesministerium der Finanzen,*  
*Dienstszitz Bonn, Referat VB 4,*  
*Am Propsthof 78a, 53121 Bonn,*  
*Telefon: 0228 99 682-0*

05.03.1947

Gesetz der britischen Militärregierung über die Gewährung von Unfall- und Hinterbliebenenrenten an die Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückung  
[ gültig in Nordrhein-Westfalen ]

10.11.1947

Gesetz Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (USREG)  
In den Rückerstattungsgesetzen der drei Westmächte ist die Rückgewähr und die Entschädigung für Vermögensgegenstände geregelt, die zwischen 1933 und 1945 aus Gründen rassistischer, religiöser oder politischer Verfolgung ungerechtfertigt entzogen worden sind.

10.11.1947

Verordnung Nr. 120 der französischen Militärregierung über die Rückerstattung geraubter Vermögensobjekte

04.03.1948

Neufassung  
03.05.1950

Gesetz der britischen Militärregierung über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene  
[ gültig in Schleswig-Holstein ]

24.05.1948

Gesetz der britischen Militärregierung über Sonderhilfsrenten (kleine Renten mit vorwiegend sozialem Charakter)  
[ gültig in Hamburg ]

22.09.1948

Gesetz der britischen Militärregierung über die Gewährung von Sonderhilfen für Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Personenschäden)  
[ gültig in Niedersachsen ]

11.02.1949

Gesetz der britischen Militärregierung über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen  
[ gültig in Nordrhein-Westfalen ]

26.04.1949

Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz – USEG –)  
Wichtigstes Besatzungs-Entschädigungsgesetz; seine Regelungen wurden überwiegend in das spätere BEG übernommen  
[ gültig in der amerikanischen Besatzungszone; im August 1949 als Landesgesetze verkündet in Bremen, Württemberg-Hohenzollern, Hessen und Bayern; Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 20/1949, Seiten 195 bis 204 vom 12. August 1949 ]

12.05.1949

Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (BrREG)

04.07.1949

Haftentschädigungsgesetz der britischen Militärregierung  
[ gültig in Schleswig-Holstein ]

26.07.1949

Verordnung der Alliierten Kommandantur Berlin vom 26. Juli 1949 (REAO) zu Rückerstattungsfragen  
[ gültig nur für West-Berlin; 1949 Berliner VOBl. I, 221; BGBl. III, Anhang zu Sachgebiet 250 D-1 ]

31.07.1949

Neufassung  
02.11.1949

Gesetz der britischen Militärregierung über Entschädigung für Freiheitsentziehung durch nationalsozialistische Maßnahmen (Haftentschädigungsgesetz)  
[ gültig in Niedersachsen ]

16.08.1949

Gesetz der britischen Militärregierung für Freiheitsentziehung aus politischen, weltanschaulichen, religiösen und rassistischen Gründen  
[ gültig in Hamburg ]

22.08.1949

Gesetz des **Wirtschaftsrats** betr. Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der **Sozialversicherung**  
[ WiGBl. S. 263 und BGBl. I 1950, S. 179 ]

10.01.1950

22.05.1950

Neufassung  
19.03.1951

Gesetz der französischen Militärregierung über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus  
[ gültig in den Ländern Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern ]

20.12.1950

**Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges**

Das BVG enthält mit § 1 Absatz 2 Buchstabe d eine Vorschrift, die Opfer der Militärjustiz den Kriegsoptionen gleichstellt, wenn Straf- oder Zwangsmaßnahmen als offensichtliches Unrecht zu beurteilen sind.

[ *Bundesversorgungsgesetz, BGBl. I, S. 791* ]

10.01.1951

Neufassung  
27.02.1952

**Gesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus**

[ *gültig in Berlin West* ]

11.05.1951

**Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD)**

[ *gültig i. d. F. vom 15.12.1965 / BGBl. I 1951, S. 291 / BGBl. I 1965, S. 2073* ]

26.07.1951

**Sonderregelung für überlebende Opfer von medizinischen Versuchen**

[ *Kabinettsbeschluss* ]

18.03.1952

**Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes (BWGöDAausl)**

[ *gültig i. d. F. vom 15.12.1965 / BGBl. I 1965, S. 2092 vom 15.12.1965* ]

26.05.1952

**„Überleitungsvertrag“** – Regelung der Überleitung der Bundesrepublik von einem unter Besatzungsmacht stehenden zum souveränen Staat; vierter Teil des Vertrages: Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Regelung der Verpflichtung zur Ergänzung der bestehenden Rechtsvorschriften der Besatzungsmächte bzgl. der Wiedergutmachung und Entschädigung)

[ *BGBl. II 1954, S. 57* ]

15.07.1952

**Härtefonds für rassistisch Verfolgte nicht jüdischen Glaubens (HNG Fonds) (Richtlinien vom 15.09.1966)**

[ *Kabinettsbeschluss* ]

10.09.1952

**„Luxemburger Abkommen“** – in der deutschen Öffentlichkeit besser bekannt als deutsch-israelisches Wiedergutmachungsabkommen, das am 10. September 1952 im Rathaus in Luxemburg von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Außenminister Moshe Sharett unterzeichnet wurde. Mit dem Luxemburger Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik zu Warenlieferungen an den Staat Israel im Gesamtwert von 3 Milliarden DM innerhalb eines Zeitraums von 12 Jahren zur Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung von jüdischen Verfolgten, die durch Einwanderung die israelische Staatsangehörigkeit erworben haben. Überdies trat mit dem Abkommen eine Übereinkunft mit der Claims Conference in Kraft; hierbei flossen 450 Millionen DM zur Unterstützung, Eingliederung, und Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge außerhalb Israels:

a) Wiedergutmachungsabkommen mit dem Staat Israel („Israel Vertrag“) [ *BGBl. II 1953, S. 35 ff.* ]

b) Sonderfonds für die Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung jüdischer Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung außerhalb Israels (**Haager Protokolle** Nr. 1 und Nr. 2 anlässlich der Beratungen über den „Israel Vertrag“; mit der Durchführung wurde die „Jewish Claims Conference against Germany“ [jüdische Weltorganisation mit Sitz in New York] beauftragt.)

[ *BGBl. II 1953, S. 35, 85, 94 ff.* ]

27.02.1953

**Abkommen über deutsche Auslandsschulden**

[ *Londoner Schuldenabkommen, BGBl. II, S. 331* ]

08.04.1953

Gesetz zum Ausgleich von Schäden, die durch politische, weltanschauliche, religiöse oder rassische Verfolgung entstanden sind (Allgemeines Wiedergutmachungsgesetz)

[ *gültig in Hamburg; Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9 vom 10. April 1953* ]

**09.04.1953** Richtlinien zur Regelung der Wiedergutmachung für die früheren Bediensteten jüdischer Gemeinden.

**03.08.1953** Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland (BWK Ausl)  
[ rückwirkend ab 01.10.1950 in Kraft getreten; BGBl. I 1953, S. 843 ]

**18.09.1953** **Bundesergänzungsgesetz** zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BErgG), Vorläufer des BEG  
Bundesgesetzliche Ergänzung der entschädigungsrechtlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern  
[ BGBl. I 1953, S. 1387 ]

**10.03.1956** Vertrag mit Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Regelung von Ansprüchen auf Entschädigung für nicht realisierbare Restitutionsen und von Ansprüchen gegen die deutsche Verrechnungskasse (Zahlung von 300 Mio. DM, davon 240 Mio. DM als Kredit)

**29.06.1956** Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Bundesentschädigungsgesetz (BEG)  
[ rückwirkend ab 01.10.1953 in Kraft getreten; BGBl. I 1956, S. 559 ]

**19.07.1957** Gesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger  
Das Gesetz regelt die Rückerstattungsansprüche gegen das Deutsche Reich und andere an Entziehungen beteiligte deutsche Rechtsträger.  
[ Bundesrückerstattungsgesetz, BGBl. I, 734 zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 3 G. v. 26. März 2007 BGBl. I, S. 358; Geltung ab 01.01.1964, FNA: 250-1; ]

**05.11.1957** Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden  
§ 5 AKG in Verbindung mit den allgemeinen Rechtsvorschriften sieht Schadensersatz bei rechtswidriger Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit und der Freiheit vor. Antragsberechtigt sind Geschädigte, die nicht die Verfolgteigenschaft des BEG besitzen.  
[ Allgemeines Kriegsfolgensgesetz, BGBl. I, S. 1747 ]

**25.06.1958** Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der **Kriegsopferversorgung** (BWK)  
(Aufgehoben durch das 1. Rechtsbereinigungsgesetz vom 24.04.1986)  
[ BGBl. I 1958, S. 412 / BGBl. I 1986, S. 560 ]

**29.06.1959** Globalvereinbarung über Härteleistungen an jüdische Angehörige der britischen Armee aus dem damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, die in Griechenland in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten

**11.07.1959** Globalabkommen mit **Luxemburg**  
[ BGBl. II 1960, S. 2077 ]

**01.08.1959** Härteregeleung aus humanitären Gründen für in Israel lebende Geschädigte des Lagers **Wapniarka**  
Gültig für Personen, die 1942/1943 in dem in Transnistrien gelegenen Lager von rumänischen Dienststellen inhaftiert wurden und dort durch die Ernährung mit einer giftigen Erbsenart dauerhafte Gesundheitsschäden (Lähmungen) erlitten haben [ Kabinettsbeschluss ]

**07.08.1959** Globalabkommen mit **Norwegen**  
[ BGBl. II 1960, S. 1336 ]

**24.08.1959** Globalabkommen mit **Dänemark**  
[ BGBl. II 1960, S. 1333 ]

**18.03.1960** Globalabkommen mit **Griechenland**  
[ BGBl. II 1961, S. 1596 ]

- 08.04.1960** Globalabkommen mit **Niederlande**  
[ *BGBL II 1963, S. 629* ]
  
- 15.07.1960** Globalabkommen mit **Frankreich**  
[ *BGBL II 1961, S. 1029* ]
  
- 28.09.1960** Globalabkommen mit **Belgien**  
[ *BGBL II 1961, S. 1037* ]
  
- 05.10.1960** Fonds für **Nationalgeschädigte** – Abkommen mit dem Hohen  
Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge – UNHCR –  
**07.09.1963** (Zusatzabkommen am 17. und 24.11.1966 und Vereinbarungen vom 2. und  
26.11.1981/ 10.09.1984/ 27.11.1984)  
[ *Bundesanzeiger Nr. 53, S. 3/1961; BGBL II 1982, S. 80 ff.* ]
  
- 24.04.1961** Globalabkommen mit **Jugoslawien** über die Entschädigung von  
Opfern pseudo-medizinischer Versuche (Nachdotierung 1963)  
[ *nicht veröffentlicht* ]
  
- 02.06.1961** Globalabkommen mit **Italien**  
[ *BGBL II 1963, S. 791* ]
  
- 29.06.1961** Globalabkommen mit der **Schweiz**  
[ *BGBL II 1963, S. 155* ]
  
- 27.07.1961** Abkommen mit Frankreich in Höhe von 11 Mio. DM über die pau-  
schale Abgeltung von **AKG-Ansprüchen französischer Staatsan-  
gehöriger**  
[ § 102 Abs. 2 *AKG* ] [ *nicht veröffentlicht* ]
  
- 27.11.1961** Globalabkommen mit **Österreich**  
[ *BGBL II 1962, S. 1041* ]
  
- 09.06.1964** Globalabkommen mit **Großbritannien**  
[ *BGBL II 1964, S. 1032* ]

- 03.08.1964** Globalabkommen mit **Schweden**  
[ *BGBL II 1964, S. 1402* ]
  
- 17.03.1965** Gesetz zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer  
Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen  
[ *NS Abwicklungsgesetz, BGBL I, 79* ]
  
- 14.09.1965** **Bundesentschädigungs-Schlussgesetz (BEG SG)**  
[ *BGBL I, S. 1315* ]
  
- 15.09.1966** **Richtlinien** zur Vergabe von Mitteln für individuelle Betreuungs-  
maßnahmen aus dem Härtefonds für rassistisch Verfolgte nicht jü-  
dischen Glaubens („HNG Fonds“)  
[ *Bundesanzeiger Nr. 178 vom 22.09.1966; Grundlage: Kabinettsbeschluss vom  
15.07.1952 /* ]
  
- 30.10.1969** Globalabkommen mit der **CSSR** über die Entschädigung von  
Opfern pseudo-medizinischer Versuche
  
- 22.12.1970** Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Vorschriften über die  
Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der  
**Sozialversicherung**  
[ *BGBL I 1970, S. 1846* ]
  
- 22.01.1971** Globalabkommen mit **Ungarn** über die Entschädigung von Op-  
fern pseudo-medizinischer Versuche [ *nicht veröffentlicht* ]
  
- 20.02.1972** Kapitalhilfeabkommen mit **Jugoslawien** über 300 Mio. DM
  
- 16.11.1972** Globalabkommen mit **Polen** über die Entschädigung von Opfern  
pseudo-medizinischer Versuche [ *nicht veröffentlicht* ]
  
- 10.12.1974** Kapitalhilfeabkommen mit **Jugoslawien** über 700 Mio. DM  
Brandt und Tito einigten sich, noch offene Fragen aus der Vergangenheit durch  
langfristige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten zu  
lösen (so genannte **Brioni-Formel**).

09.10.1975

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und **Polen** über Renten- und Unfallversicherung

Polen erhielt 1,3 Mrd. DM, um die sozialversicherungsrechtlichen Leistungsansprüche auch von ehemaligen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern nach innerstaatlichem polnischen Recht zu verbessern.

[ BGBl. II 1976, S. 393 ]

03.10.1980

Richtlinien der Bundesregierung für die Vergabe von Mitteln an „**jüdische Verfolgte zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen**“ im Rahmen der Wiedergutmachung („Hardship Fund“); die Durchführung obliegt der Jewish Claims Conference – JCC.

[ Bundesanzeiger Nr. 192 vom 14.10.1980 ]

03.12.1980

Erllass des BMF über die Gewährung einer Einmalleistung von 5.000 DM an Zwangssterilisierte

[ BMF Erlass VIA 4 – VV 5050 B – 899/80 ]

31.03.1981

Abkommen mit **Frankreich**, wonach sich die Bundesrepublik mit einem Betrag von 250 Mio. DM an einer Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ beteiligt. Stiftungszweck ist die Lösung der sozialen Probleme französischer Zwangsrekrutierter (gilt nur für militärischen Dienst, nicht Zwangsarbeit).

26.08.1981

Richtlinien der Bundesregierung für die Vergabe von Mitteln an „**Verfolgte nicht jüdischer Abstammung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen**“ im Rahmen der Wiedergutmachung

§ 8 der Richtlinien vom 26. August 1981 schafft Möglichkeiten, in besonderen Ausnahmefällen zusätzlich zu den einmaligen Beihilfen auch laufende Beihilfen zu gewähren – so genannter Wiedergutmachungs-Dispositions-Fonds – WDF. Diese Möglichkeit wurde im Jahre 1988 durch die Änderung des § 8 erweitert.

[ Bundesanzeiger Nr. 160 vom 29. August 1981 und Änderung vom 7. März 1988, Bundesanzeiger Nr. 55 vom 19. März 1988 ]

Änderung  
1988

31.10.1986

Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen

[ BT-Drucksache 10/6287 ]

24.06.1987

Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages zur weiteren Entschädigung von NS-Unrecht

30.11.1987

Notenwechsel mit **Luxemburg** – die Bundesrepublik Deutschland leistet 12 Mio. DM an die Luxemburger Stiftung „Altenhilfe“, deren Hauptaufgabe die Unterstützung ehemaliger Zwangsrekrutierter und deren Familien ist.

03.12.1987

Entschließung des Deutschen Bundestages, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, zusätzliche Entschädigungsmaßnahmen zu treffen.

[ BT-Drucksache 11/1392 ]

26.01.1988

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, wonach das Erbgesundheitsgesetz aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht für nichtig erklärt werden könne

[ BT-Drucksache 11/1714 ]

07.03.1988

Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes

Härteregeung für alle durch NS-Unrecht geschädigten Personen, die nicht Verfolgte im Sinne des BEG sind und entsprechend § 5 AKG einen Schaden an Freiheit, Gesundheit oder Körper erlitten haben. Weitere Voraussetzung ist u. a. das Vorliegen einer wirtschaftlichen Notlage, die sich anhand der Einkommensgrenzen nach § 34 Abs. 3 der 3. Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes bemisst. Die Beihilfe besteht aus einer Einmalleistung bis zu 5.000 DM; in besonderen Ausnahmefällen kommen zudem einkommensabhängige laufende Leistungen in Betracht. (Die Erlassregelung von 1980 für NS-Zwangssterilisierte wurde hierdurch abgelöst.)

[ AKG-Härterichtlinien, BAnz. vom 19. März 1988 ]



**05.05.1988**

Der Deutsche Bundestag nimmt die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses vom 26.01.1988 an und verfasst eine Entschlie-ßung, wonach die auf der Grundlage des **Erbgesundheitsgesetzes** durchgeführten Zwangssterilisationen nationalsozialistisches Unrecht waren.

[ *Stenographischer Bericht 11/77, S. 5186* ]

.....

**22.01.1990**

Bericht der Bundesregierung über vorhandene private Initiativen, die im Zusammenhang mit Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges ergriffen wurden

[ *BT-Drucksache 11/6286* ]

**25.05.1990**

Gesetz zur Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsurteile

[ *BGBI. I, S. 966* ]

**27.06.1990**

Änderung der **AKG-Härterichtlinien** (BAnz. vom 30. Juni 1990) Zwangssterilisierte erhalten z.B. ohne weitere Voraussetzungen laufende Leistungen von 100 DM monatlich ab 1. Juli 1990 und weitergehende laufende Leistungen bei herabgesetztem GdB.

Weitere **Novellierungen** führten u. a. zur Abschaffung der Notlagengrenze für alle Opfergruppen bzgl. der Gewährung der Einmalbeihilfe, zur generellen Annahme eines Gesundheitsschadens unter Wegfall des GdB-Erfordernisses und zu Erhöhungen der laufenden Leistungen. Diese betragen in der Fassung vom 1. September 2004, sowie geändert am 13. September 2005 (Bundesanzeiger vom 29. Oktober 2005, S. 15698), für Zwangssterilisierte 120 € monatlich.

[ *Siehe Neufassung: AKG-Härterichtlinien vom 28. März 2011; Bundesanzeiger Nummer 52, vom 1. April 2011, Seite 1229; Kabinettsbeschluss vom 2. März 2011* ]

**18.09.1990**

Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (**Einigungsvertrag**)

**Text des Artikels 2:**

„Die vertragschließenden Seiten geben ihrer Absicht Ausdruck, gemäß Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. April 1990 für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste der Opfer des NS-Regimes einzutreten. In der Kontinuität der Politik der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesregierung bereit, mit der Claims Conference Vereinbarungen über die zusätzliche Fondslösung zu treffen, um Härteleistungen an die Verfolgten vorzusehen, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bisher keine oder nur geringfügige Entschädigungen erhalten haben.“

[ *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 112, 20.9.1990, S. 1177-1184* ]

**28.09.1990****Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen**

Das Gesetz ist gemäß § 1 Abs. 6 entsprechend auf vermögensrechtliche Ansprüche von Bürgern und Vereinigungen anzuwenden, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen verloren haben.

[ *Vermögensgesetz, BGBl. 1990 II, S. 885, S. 1159* ]

**30.10.1990**

Beschluss des Bundestages, in dem festgestellt wird, dass alle **Opfer der NS-Militärjustiz** im Rahmen des geltenden Rechts Entschädigungen erhalten und deshalb eine darüber hinausgehende Regelung nicht erforderlich ist

[ *BT-Drucksache 11/8389* ]

**13.12.1990**

**Überleitung der AKG-Härterichtlinien** auf das Gebiet der ehemaligen DDR

.....

**11.09.1991**

**Urteil des Bundessozialgerichts** für den Bereich des BVG, wonach eine widerlegbare Unrechtsvermutung für die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ergangenen Todesurteile gelten soll

[ *BSGE 69, 211* ]



**16.10.1991** **Notenwechsel** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und **Polen** Gewährung von 500 Mio. DM an die „**Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung**“. Die Stiftung gewährt Einmalbeihilfen an Personen, die während des Zweiten Weltkrieges durch nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen schwere Gesundheitsschäden erlitten haben und sich in einer gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage befinden.

**22.04.1992** Gesetz über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet – **Entschädigungsrentengesetz (ERG)**  
[BGBl. I 1992, S. 906; geändert durch Gesetz vom 29. April 1997; BGBl. I 1997, S. 968]

**13.05.1992** Richtlinien für eine ergänzende Regelung über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet (**RL/B**) (nach Art. 1 § 8 des ERG)  
[Bundesanzeiger Nr. 95, S. 4185 vom 21.05.1992]

**13.05.1992** Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche  
[Bundesgesetzblatt II, S. 1223 vom 13. Mai 1992]

**29.10.1992** „**Artikel 2-Vereinbarung**“ mit der Jewish Claims Conference (JCC) gemäß Artikel 2 der Vereinbarung zum Einigungsvertrag vom 18. September 1990  
[VIA 4 - 0 1470 (CC) - 34/92 vom 9. Oktober 1992]

**30.03.1993** **Notenwechsel** der Bundesrepublik Deutschland mit der **Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine**  
Die Bundesrepublik erklärt sich bereit, an in diesen Ländern inzwischen gegründete Stiftungen „Verständigung und Aussöhnung“ insgesamt 1 Mrd. DM für NS-Opfer zu zahlen.

**29.06.1994** Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Entschließung aus dem Jahr 1988, wonach **Zwangssterilisationen** nationalsozialistisches Unrecht waren  
[Stenographischer Bericht 12/237, S. 20894]

**29.06.1994** Der Deutsche Bundestag beschließt eine Resolution, in der er die Bundesregierung auffordert, bei den **weiteren Verhandlungen mit den baltischen Staaten** darauf hinzuwirken, dass die Entschädigung den individuellen Bedürfnissen der Opfer nahe kommt.  
[BT-Drucksache 12/7467]

**27.09.1994** **NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz**  
Entschädigung für verfolgungsbedingte Vermögensverluste im Beitrittsgebiet in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945  
[BGBl. I, S. 2632]

**01.03.1995** Der Bundestag beschließt, die Petition des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener e.V. der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit dem Ziel, ein gesetzliches Verfahren zur Aufhebung von Entscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte zu schaffen.  
[BT-Drucksache 13/818]

**22.06.1995** Abschluss einer Regierungsvereinbarung mit **Estland** über die Finanzierung konkreter sozialer Projekte über 2 Mio. DM, die den individuellen Bedürfnissen der NS-Opfer in Estland nahe kommen sollen

**19.09.1995** Entschädigungsabkommen mit **USA** [nicht veröffentlicht]

**29.11.1995** Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der **NS-Militärjustiz**

**09.05.1996** Zwischenbericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zum Stand der Beratungen der Anträge zur **Militärjustiz**  
[BT-Drucksache 13/4586]

**03.06.1996** Umfassender Bericht der Bundesregierung über bisherige Wiedergutmachungsleistungen deutscher Unternehmen  
[BT-Drucksache 13/4787]

**26.07.1996** Abschluss einer Regierungsvereinbarung mit **Litauen** über die Finanzierung konkreter sozialer Projekte über 2 Mio. DM, die den individuellen Bedürfnissen der NS-Opfer in Litauen nahe kommen sollen

**18.10.1996** EntschlieÙung des Bundesrates zur **Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer** unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft  
 [ Bundesrats-Drucksache 153/96 ]

**14.11.1996** Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages über eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80 Mio. DM zur Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus in den **mittel- und osteuropäischen Staaten** („Hirsch-Initiative“).

**21.01.1997** Deutsch-Tschechische Erklärung, in der u. a. vereinbart wird, einen **Zukunftsfonds** zu errichten, der der Finanzierung von Projekten gemeinsamen Interesses dienen soll (deutscher Beitrag 140 Mio. DM)  
 [ nicht veröffentlicht ]

**17.12.1997** Erlass zur abschließenden Regelung der Rehabilitierung und Entschädigung von während des Zweiten Weltkrieges aufgrund der Tatbestände Wehrkraftzersetzung, Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht Verurteilten  
 [ BAnz. Nr. 2 vom 6. Januar 1998 ]

**Januar 1998** **Osteuropa-Fonds**  
 Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Jewish Claims Conference (JCC) vom Januar 1998 über einen Finanzbeitrag der Bundesrepublik Deutschland zu einem von der JCC zu errichtenden Fonds zur Entschädigung von jüdischen NS-Verfolgten in mittel- und osteuropäischen Staaten (CEEf)

**27.08.1998** Abschluss einer Regierungsvereinbarung mit der **Republik Lettland** über 2 Mio. DM zur Finanzierung konkreter sozialer Projekte, die den individuellen Bedürfnissen der NS-Opfer in Lettland nahekommen sollen

**27.08.1998** Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
 Die neuen Regierungsparteien vereinbaren die Einrichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ für die „vergessenen NS-Opfer“ und unter Beteiligung der deutschen Industrie einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“.

**02.08.2000** **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ – EVZ**  
 Mit Unterstützung aller Fraktionen im Deutschen Bundestag wurde am 2. August 2000 das Gesetz zur Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ verabschiedet. Es sah individuelle humanitäre Zahlungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter sowie andere Opfer des Nationalsozialismus vor. In diesem Zusammenhang hat sich der Deutsche Bundestag erneut zur politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus bekannt. Die Stiftung war als abschließende Regelung für die Gewährung von Leistungen zugunsten ehemaliger KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter oder sonstiger in der Person oder dem Vermögen geschädigter NS-Opfer gedacht. Ende 2006 hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit ihren Partnerorganisationen die Auszahlungen abgeschlossen. Der Fonds wurde mit einem Volumen von 10 Milliarden DM ausgestattet, die je zu 50 Prozent von der deutschen Wirtschaft und aus Bundesmitteln erbracht wurden.

An über 1,66 Millionen Leistungsberechtigte in fast 100 Ländern wurden über 4,37 Milliarden Euro ausgezahlt. Zusätzliche Mittel stehen nicht zur Verfügung. ▶

- ▶ EVZ: Nach dem Ende der Auszahlungen der Stiftung werden in Zukunft mit einem Stiftungskapital Projekte gefördert, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen.  
 [ BGBl. I S. 1263, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. September 2008, in Kraft getreten am 9. September 2008 (BGBl. I S. 1797) ]
- 20.06.2002** Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto vom 20. Juni 2002 (**ZRBG**) – zuständig: BMAS  
 [ BGBl. I S. 2074 ]
- 01.09.2004** Änderung der Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG-Härterichtlinien) vom 1. September 2004  
 [ Bundesanzeiger vom 23. September 2004, S. 20921 ]
- 29.10.2005** Änderung der Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG-Härterichtlinien) vom 29. Oktober 2005  
 [ Bundesanzeiger vom 29. Oktober 2005, S. 15698 ]
- 26.03.2007** Änderung des Gesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger – **Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)** – Das Gesetz regelt die Rückerstattungsansprüche gegen das Deutsche Reich und andere an Entziehungen beteiligte deutsche Rechtsträger.  
 [ Bundesrückerstattungsgesetz, BGBl. I, S. 734 zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 3 G. vom 26. März 2007 - BGBl. I S. 358; Geltung ab 01.01.1964, FNA: 250-1; ]

- 24.05.2007** Beschluss des Deutschen Bundestages in der 100. Sitzung zu den BT-Drucksachen 16/3811, 16/1171, 16/5450 (Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses vom 23.05.2007) – Nichtigkeitserklärung des Erbgesundheitsgesetzes –
- 01.10.2007** Richtlinie der Bundesregierung über eine **Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto**, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist, vom 1. Oktober 2007 (Finanzrahmen 100 Mio. €) – Anerkennungsrichtlinie – Die Richtlinie wurde als freiwillige Auffanglösung für die im Rahmen des ZRBG abgelehnten Antragsteller, die als Verfolgte im Ghetto waren und freiwillig gegen Entgelt einer Beschäftigung nachgingen, beschlossen. Die Zuständigkeit für die Durchführung liegt bei BMF und BADV.  
 [ Bundesanzeiger Nr. 186 vom 5. Oktober 2007, Seite 7693 ]
- 17.12.2008** Änderungsverordnung 2008 zur Ersten bis Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes; Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEGDV1/2/3ÄndV 2008) – Regierungsverordnung –  
 [ BGBl. I 2008, S. 2758 ]
- 27.01.2011** Interfraktionelle Initiative: **„Entschädigungsleistungen für Opfer der Zwangssterilisation und der „Euthanasie“ in der Zeit des Nationalsozialismus“**  
 Opfer von Zwangssterilisationen in der NS-Zeit können eine Erhöhung ihrer monatlichen Leistungen erhalten. Einstimmig verabschiedete der Bundestag am Donnerstag, 27. Januar 2011, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, einen entsprechenden Antrag (17/4543), den die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam vorgelegt hatten. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die laufenden Leistungen für Zwangssterilisierte ab dem 1. Januar 2011 von 120 auf 291 Euro pro Monat zu erhöhen und insoweit auch die Opfer von „Euthanasie“-Maßnahmen einzubeziehen.  
 [ BT-Drs. 17/4543 vom 26. Januar 2011; Stenographischer Bericht 17/87, S. 9818 ff. ]

28.03.2011

**Neufassung** der Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (**AKG-Härterichtlinien**)

Monatliche laufende Leistungen an Zwangssterilisierte werden von 120 Euro rückwirkend ab dem 1. Januar 2011 auf 291 Euro erhöht. Diese Regelung findet künftig auch für die Opfergruppe der Euthanasie-Geschädigten Anwendung. Weiterhin wird das sog. „Heimtaschengeld“ rückwirkend ab dem 1. Januar 2011 von 102,26 Euro auf 150 Euro erhöht.

[ Bundesanzeiger Nummer 52, vom 1. April 2011, Seite 1229; Kabinettsbeschluss vom 2. März 2011 ]

Jährlich

**BEG-Verordnungen – Rechtssetzung zu § 172 BEG**  
Lastenverteilung / Clearing-Verfahren mit den 11 alten Bundesländern

Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entschädigungsaufwendungen und der Änderungen der Einwohnerzahlen werden die endgültigen Lastenanteile für das jeweilige Rechnungsjahr festgestellt (Ministerverordnung)

28.03.2011

**Änderungsverordnung 2011 zur Ersten bis Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes; Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEGDVenÄndV)**

Entsprechend der jeweiligen Anpassungen von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund werden (siehe am 15. August 2012, BGBl. I S. 1670) diese auf die Entschädigungsrenten übertragen.

[ BGBl I 2011, S. 521 ff. ]

Regelmäßig bei Erhöhung der Bundesbeamtenbesoldung

**Anpassung der BEG-Renten:**  
Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes

26.07.2011

**Neufassung** der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist, vom 5. Oktober 2007 – **jetzt:** Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war (Anerkennungsrichtlinie), vom 20. Juli 2011

[ Bundesanzeiger Nr. 110 vom 26. Juli 2011, Seite 2624 ]

20.12.2011

**Änderung** durch Neufassung der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war (Anerkennungsrichtlinie)

Aufhebung von § 8 mit Wegfall der Schlussfrist 31. Dezember 2011

– Beschluss des Bundeskabinetts vom 20. Dezember 2011 –

[ Bundesanzeiger Nr. 195 vom 28. Dezember 2011, Seite 4608 ]

15.11.2012

Neufassung der **Artikel 2-Vereinbarung** vom 29. Oktober 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, und der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (feierliche Unterzeichnung am 15. November 2012 im Jüdischen Museum, Berlin)

Die Artikel 2-Vereinbarung beruht auf Artikel 2 der Vereinbarung vom 18. September 1990 über die Herstellung der Einheit Deutschlands zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Einigungsvertrages.

[ VB 4 – O 1470/12/10003 – Dok-Nr. 2012/0245145 ]



## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

**Bezugsquelle:**

Referat für Bürgerangelegenheiten  
11016 Berlin  
Telefon: 01805 778090\*  
Telefax: 01805 778094\*  
(\* 0,14 €/Minute aus dem deutschen Festnetz,  
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.)  
E-Mail: [broschueren@bmf.bund.de](mailto:broschueren@bmf.bund.de)

**Stand:**

November 2012

**Bildnachweise:**

Bundesregierung, B145 Bild-0010557